

In Kürze

FLÜCHTLINGE
20 Millionen für Glückskette

Die Glückskette hat innerhalb eines Monats 20 Millionen Franken an Spenden für Flüchtlinge erhalten. Das sei das höchste Resultat zugunsten von Kriegsopfern seit der Kampagne von 1999 für die Opfer des Kosovo-Konflikts, teilte die Glückskette mit. «Kein anderes Land weltweit hat sich gegenüber den Flüchtlingen so grosszügig gezeigt», hält Direktor Tony Burgener fest. *sda*

UBS
Einigung mit USA über Puerto Rico

Die UBS hat sich mit den US-Behörden für verschiedene Vergehen in Puerto Rico geeinigt. Gegen Zahlung von 33,5 Millionen Dollar legt die Grossbank Verfahren von der Börsenaufsicht SEC und der Finanz-Genehmigungsbehörde Finra bei. *sda*

WISSENSCHAFT
Swissnex Singapur schliesst

Das Wissenschaftshaus Swissnex in Singapur schliesst nach elf Jahren seine Türen. Dafür wird ein Bildungs- und Wissenschaftsbüro in der Schweizer Botschaft eröffnet. Swissnex Singapur habe die Entstehung eines engen Netzwerks zwischen Forschenden und Unternehmern beider Länder begünstigt und damit sein Ziel weitestgehend erreicht. *sda*

STUDENTENAUSTAUSCH
Erasmus+: Schweizer nutzen Ersatz

Der Ersatz für das auf Eis gelegte EU-Studentenaustauschprogramm Erasmus+ wird rege genutzt: Die Zahl der bewilligten Projekte stieg 2015 im Vergleich zum Vorjahr auf allen Bildungsebenen. Insgesamt werden dieses Jahr Auslandsaufenthalte – mitgezählt sind ausländische Studierende, die in die Schweiz kommen – mit insgesamt 22,6 Millionen Franken gefördert. *sda*

MEDIZIN
Krebsstrategie in der Kritik

Die nationale Strategie zur Prävention nicht übertragbarer Krankheiten wie Krebs oder Diabetes wird von verschiedenen Seiten kritisiert. Als Zankapfel erweist sich die Finanzierung. Diese sei «einer der wichtigsten Stolpersteine», schreibt die Ärztereinigung FMH. *sda*

TAXIBRANCHE
Basler Protest gegen Uber

Gut 30 Taxifahrer haben in Basel ein Verbot des Privatfahrdienstes von Uber gefordert. Sie liessen während einer Stunde vor dem Bahnhof SBB keine Kundschaft einsteigen. *sda*

ANZEIGE



SERIE DAS BÜRO DER ZUKUNFT

Für die Probleme im Grossraumbüro gibt es kaum Lösungen

Die Arbeit im Grossraumbüro ohne fixen Arbeitsplatz ist für viele bereits Realität. Die Öffnung der Büroräume ist jedoch mit Problemen verbunden. Nur für wenige davon gibt es eine Lösung.

Drittens wurde die Entwicklung durch den technologischen Fortschritt überhaupt erst möglich: Mobilität und Digitalisierung erlauben es Mitarbeitern, stets und von überall auf die zur Arbeit nötigen Daten und Informationen zuzugreifen. Das Büro verliert dadurch an Bedeutung.

Mit dem Wechsel hin zu offenen, multifunktionalen Bürolandschaften werden die Mitarbeiter indes mit neuen Problemen konfrontiert:

Problem Nr. 1: Der Lärm

Ein Mitarbeiter brütet konzentriert über einem Konzept, am Schreibtisch gegenüber klingelt das Telefon, zwei Kollegen diskutieren im Korridor, am anderen Ende des Raums brüllt der Kollege mit der besonders tragenden Stimme in den Hörer – solche Szenen gehören im Grossraumbüro zum Alltag. Kaum erstaunlich, dass Lärm bei Mitarbeiterbefragungen immer auf dem ersten Platz der Ärgernisse rangiert.

Das hat Folgen für die Arbeit: «Das Zuhören im lauten Grossraumbüro kann zur Qual werden», oder: «Meine Effizienz ist völlig zusammengebrochen», schrieben etwa Mitarbeiter der BLS und der Mobiliar-Versicherung dieser Zeitung.

Nicht genug, dass sich Lärm negativ auf die Effizienz auswirkt, er kann auch krank machen: Eine von der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz in Auftrag gegebene Studie zu Büroräumen kommt zum Schluss, dass sich Lärm in einer höheren Konzentration von Stresshormonen im Körper niederschlägt.

Ein Lösungsansatz des Problems liegt in der Gestaltung des Bürolayouts: «Es muss unbedingt genügend Rückzugsräume für konzentriertes Arbeiten enthalten», sagt Norbert Thom.

Zwar seien Begegnungsräume vorteilhaft für die Kommunikation und für kreative Ideen. Rückzugsräume jedoch würden wie zuvor das Einzelbüro das Bedürfnis nach ruhigen und konzentriertem Arbeiten erfüllen.

Weiter versuchen Unternehmen, dem Lärm mit schallschluckenden Büroelementen beizukommen. Die SBB etwa schirmen ihre Schreibtische zum Gang hin mit hohen Trennwänden ab.

Wo Möbel allein nicht reichen, kann eine Hausordnung Abhilfe schaffen. Eine solche kann etwa enthalten, dass man sich, wie in gewissen Verwaltungsgebäuden üblich, zum Telefonieren in einen geschlossenen Raum zurückzieht und am Arbeitsplatz nur in gedämpftem Ton spricht.

Problem Nr. 2: Individualität

Mit Desksharing geht die Individualität am Arbeitsplatz verloren. Gemäss Studien verletzt es einerseits das Bedürfnis des Menschen, sich von anderen zu

«Die Forderung nach totaler Sichtbarkeit und Transparenz ist problematisch und kann die Mitarbeitenden überfordern.»

Norbert Thom

unterscheiden, und andererseits dessen Bedürfnis nach Territorialität. Letzteres ist jedoch wichtig, denn ein Territorium ermöglicht Ordnung, Stabilität und Planung. «Auch in früheren Grossraumbüros wurde die Individualität unterdrückt. Doch subversiv holte sich mancher Angestellte eine persönliche Note in Form eines Familienfotos oder einer Pflanze auch in dieses Umfeld zurück», sagt Norbert Thom.

Der Widerspruch zwischen der Arbeitsform und der menschlichen Natur scheint gross. Dennoch bleibt Büroangestellten nichts anderes übrig, als sich mit Desksharing anzufreunden – zu laut ertönt allerorts der Ruf nach Kosteneffizienz.

Problem Nr. 3: Für wen gilt?

Dennoch sind auch die Arbeitgeber bei der Umsetzung von Desksharing gefragt – und sogar doppelt: Denn einerseits reagieren Mitarbeiter sensibel, wenn das Prinzip des geteilten Arbeitsplatzes nicht auf alle Hierarchiestufen gleich angewandt wird. Andererseits macht Desksharing bei gewissen Tätigkeiten schlicht keinen Sinn. «Man muss differenzieren», sagt Norbert Thom. «Daran sieht man



Schwieriger Alltag im modernen Grossraumbüro: Wo viele Individuen in einem

Raum zusammen arbeiten, fallen auch viele Probleme an. Wo klare Hausregeln fehlen, ist Ärger programmiert.

Beat Mathys

«Die Arbeit ist nicht homogen, und die Menschen sind es noch weniger. Deshalb müssen Konstellationen ermöglicht werden, welche der Individualität des Menschen und der Besonderheit von Arbeitsprozessen gerecht werden.» So würden sich manche

deutlich, dass Desksharing nicht überall Sinn macht», so Thom.

Problem Nr. 4: Privatsphäre

Mit der Öffnung der Büroräume ist die Privatsphäre geringer, die Kontrolle durch die Vorgesetzten sowie die soziale Kontrolle durch die Kollegen hingegen grösser geworden. «Die Forderung nach totaler Sichtbarkeit und Transparenz ist problematisch und kann die Mitarbeitenden überfordern», beurteilt Norbert Thom.

Vonseiten des Unternehmens wird der Verlust in Kauf genommen, da es sich von der Nähe der Mitarbeiter mehr Kommunikation und dadurch einen besseren Wissensaustausch erhofft.

Problem Nr. 5: Ausgrenzung

Begünstigt ein Grossraumbüro mit freier Platzwahl soziale Ausgrenzung? Was paradox erscheint, gehört im Zeitalter des Desksharings zum Büroalltag. «Trotz freier Wahl hat nach kur-

zer Zeit jeder seinen festen Sitzplatz», schreibt ein Mitarbeiter der Swisscom. Wohl aus reiner Gewohnheit. Zudem zeige sich bei der Wahl des Arbeitsplatzes, dass unbeliebtere Kollegen bewusst gemieden würden.

Und nicht nur die freie Platzwahl im Büro, sondern auch die Arbeit von zu Hause aus kann zu Ausgrenzung führen: «Das Homeoffice hat Vorteile bei der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben», sagt Experte Norbert

«Homeoffice kann auch Isolation vom Informationsfluss im Unternehmen mit sich bringen.»

Norbert Thom

Thom. «Es kann aber auch Isolation vom Informationsfluss im Unternehmen mit sich bringen.»

Wie bei den anderen Problemen der neuen Arbeitswelt gilt auch hierfür: Die Problemlösung lastet weitgehend auf den Schültern des Einzelnen. Er wird sich künftig noch stärker am Wert seiner Arbeit und weniger über den Arbeitsplatz definieren und sich letztlich mit den Problemen arrangieren müssen.

Benjamin Bitoun

SERIE

Das Büro der Zukunft

Ein grosser Teil der Angestellten arbeitet heute in Grossraumbüros. Doch viele von ihnen haben sich noch nicht an die neue Arbeitsform gewöhnt. Sie klagen über hohe Geräuschpegel und gestörte Konzentration. Mit diesem Beitrag startet diese Zeitung eine Serie von Beiträgen zur Arbeit in Grossraumbüros. *snv*

In Solothurn muss ein bisheriger Nationalrat über die Klinge springen

WAHLEN Im Kanton Solothurn ist ein ungewöhnlich spannender Wahlkampf im Gange. Der Grund: Der Kanton verliert einen Sitz im Nationalrat, doch die sieben Bisherigen treten allesamt wieder an.

gliedert treten zur Wiederwahl an – doch dem Kanton Solothurn stehen nur noch sechs Sitze zu, weil die Bevölkerungszahl in den letzten Jahren nur schwach anstieg. Die sieben Frauen und Männer rennen also seit Wochen im Kreis herum – und es ist sehr schwierig zu sagen, wer am Schluss ausscheiden wird.

Fluri fest im Sattel

Aktuell haben SVP, SP und CVP je zwei Sitze, die FDP hat einen. Am ruhigsten schläft in dieser Konstellation wohl Kurt Fluri, einziger FDP-Nationalrat: Einen Sitz holt seine Partei garantiert, und dass Fluri als bekannter Bisheriger intern überholt wird, ist nicht unmöglich, aber eher unwahrscheinlich.

Von den anderen sechs kann es aber fast jeden treffen. Das hat zwei Gründe: Erstens lagen SVP, SP und CVP mit ihren jeweiligen Listenverbundpartnern 2011 so nahe beieinander, dass offen ist, wer von ihnen den zweiten

Sitz verlieren wird. Zweitens finden sich unter ihren sechs amtierenden Nationalräten keine «Überflieger», die intern die unbestrittene Nummer eins wären. Entsprechend munter ist der Wahlkampf. Zum Beispiel in der SP: Hier gab es anfänglich sogar zaghafte Versuche, die 69-jährige Bea Heim, die seit 2003 im Na-

tionalrat sitzt, elegant auf die erstmals gebildete Seniorenliste auszulagern. Der Coup misslang, und Heims Kandidatur offen anzugreifen, getraute man sich dann doch nicht.

Da Bea Heim 2011 sehr viele Stimmen machte, ist die Nervosität beim zweiten SP-Nationalrat, Philipp Hadorn, umso grösser. Er schaffte die erstmalige Wahl 2011 nur dank eines kleinen Zufallsvorsprungs. Hadorn ist so verzweifelt, dass er schon im August Plakate an den Strassenrändern aufstellte und damit Feind und Freund vor den Kopf stiess.

Kurz zur Vorgeschichte: Der Kanton Solothurn schreibt nun vor, dass das «Wildplakatieren» nur noch in den sechs Wochen vor dem Wahltag erlaubt ist, also seit dem 6. September. Zwar konnte diese Vorschrift unglücklicherweise erst Anfang September in Kraft treten. Doch die Solothurner Parteien hatten vereinbart, die neue Regel schon vorher freiwillig einzuhalten.

Dass der beunruhigte Wahlkämpfer Hadorn sich nicht daran hielt, sorgte auch in der SP für rote Köpfe.

Interner Kampf gegen Borer

Diese gibt es aber auch rechts. In der SVP tritt Langzeit-Nationalrat Roland Borer, der seit 1991 im Bundeshaus Wurzeln schlägt,

zum sechsten Mal zur Wiederwahl an. Das passt internen Widersachern rund um Ex-Parteipräsident Kurt Küng gar nicht. Sie gründeten eigens ein Komitee und starteten eine Inseratekampagne mit dem Aufruf an alle SVP-Wähler, Borer zu streichen und stattdessen eine der Nachwuchskräfte zu kumulieren. Dass man Geld ausgibt, um einen Parteikollegen zur Abwahl zu empfehlen, ist nicht nur für Solothurn ein Novum. Nutzniesser könnte Walter Wobmann sein, der zweite SVP-Nationalrat, der 2011 etwa gleich viele Stimmen machte wie Borer.

Magie der Listenverbindung

Vergleichsweise gesittet geht es bisher in der CVP zu und her. Dass sie zwei Sitze hat, verdankt sie primär ihrer Wahllokomotive, Ständerat Pirmin Bischof. Er kandidierte 2011 erstmals für den Ständerat und trat deshalb damals auch noch für den Nationalrat an. In seinem Windschatten

segelten Stefan Müller-Altermatt und Urs Schläfli in den Nationalrat. Ob die CVP ihre zwei Sitze ohne Bischof halten kann, ist fraglich. Die Partei hat jedenfalls ihr Möglichstes getan und in wochenlangem Ringen erstmals eine breite Listenverbindung mit GLP, BDP und EVP ausgehandelt. Damit hat es die CVP geschafft, der FDP die BDP auszuspannen. Man hat sich in Solothurn daran gewöhnt, dass solche Tricks entscheidend sein können: Die FDP machte 2011 mehr Stimmen als CVP und SP und erhielt trotzdem nur einen Sitz – weil die anderen einträglichere Listenverbindungen hatten.

Sehr viel langweiliger sind in Solothurn die Ständeratswahlen, da die Bisherigen – Pirmin Bischof (CVP) und Roberto Zanetti (SP) – fest im Sattel sitzen. Die beiden Sprengkandidaten von SVP (Walter Wobmann) und FDP (Kantonsrätin Marianne Meister) haben kaum Chancen.

Fabian Schäfer

AARGAU

Ein Sitz mehr Im Kanton Aargau unterscheidet sich die Ausgangslage für die Nationalratswahlen diametral von jener in Solothurn: Dank seines starken Bevölkerungswachstums kann der Aargau einen Sitz mehr vergeben als bisher. Neu hat er auf viertergrösste Kanton Anrecht auf 16 Sitze. Zusätzlich belebt wird der Wahlkampf dadurch, dass zwei bisherige Nationalräte nicht mehr antreten: Neben Geri Müller von den Grünen zieht sich auch Hans Killer (SVP) zurück. Dazu kommt, dass auch im Ständerat ein Sitz frei wird, weil FDP-Ständerätin Christine Egerszegi nicht mehr antritt.

Wie üblich bei Vakanzten konnten die Parteien ihre «Stars» aus dem Nationalrat zu einer Kandidatur bewegen. Die FDP tritt mit Philipp Müller, Präsident der FDP Schweiz, an, die CVP mit Ruth Humbel und die SVP mit Hans-

jörg Knecht. Neben ihnen treten noch sechs weitere Kandidaten kleinerer Parteien ohne valable Chancen an. Der grosse Andrang macht es auch für Pascale Bruderer von der SP nicht ganz einfach, ihren Sitz im Ständerat, den sie erst 2011 erobert hat, zu verteidigen. Umso mehr dürfte sie sich über den pikanten überparteilichen Support gefreut haben: Die abtretende Ständerätin Egerszegi wirbt auf Bruderers Website unverhohlen für die SP-Kandidatin statt für FDP-Kollege Müller. In der FDP war man zwar «not amused», aber auch nicht überrascht, da Egerszegi intern als linke Flügelspielerin bekannt ist. Interessant ist die Frage, ob sich der von ihm verursachte Autounfall auf Philipp Müllers Wahlergebnis auswirkt. Bis zum 18. Oktober nimmt er nicht mehr aktiv am Ständeratswahlkampf teil. *fab/sz*

Umstrittene Therapie mit Zellextrakten

HEILMITTEL Im Verdachtsfall von Heilmittelkriminalität, bei dem in Zürich, im Aargau und Thurgau Razzien durchgeführt wurden, ermittelte die Behörde weiter. Für Swissmedic ist es ein grosser Fall.

Der Kreis der betroffenen Patienten dürfte zwar überschaubar sein: «Eher Dutzende als Tausende», wie Swissmedic-Sprecher Peter Balzli sagt. Für die Heilmittelbehörde ist es trotzdem ein grosser Fall. Zusammen mit weiteren Behörden durchsuchte sie eine Klinik, zwei Firmen und drei Privatwohnungen. Drei Personen wurden vorläufig festgenommen (siehe gestrige Ausgabe). Grund für die Razzien ist eine umstrittene Therapie, für welche die Bewilligung fehlte. Nach Angaben von Swissmedic handelt es sich um eine Behandlung mit Zellextrakten.

Anbieter beschreiben die Behandlung wie folgt: Den Patienten wird Fettgewebe entnommen. Aus den darin enthaltenen Zellen werden Extrakte gewonnen, die Patienten werden mit diesen behandelt. Diese eigenen, nicht lebenden Zellextrakte sollen die Reparaturkräfte des Körpers in Gang setzen.

Verfahren auch in Italien

Mit welchen Versprechungen und gegen welche Krankheiten die Präparate eingesetzt wurden, ist noch nicht bekannt. Die Behandlungen wurden in der Seegarten-Klinik im zürcherischen Kilchberg vorgenommen. Gegenüber der «Zürichsee-Zeitung» sagte der Leiter der Klinik gestern: «Es ist eine besondere Erfahrung, wenn man als Arzt im Dienst mit Patienten in Handschellen abgeführt wird.» Die Klinik sei jedoch kaum beeinträchtigt, der Betrieb funktioniere normal, nur die zur Diskussion stehende Therapie könne man natürlich derzeit nicht durchführen. Der Leiter wurde nach den Einvernahmen freigelassen, es sei keine Untersuchungshaft verhängt worden, zitiert die «Zürichsee-Zeitung» die zuständige Zürcher Staatsanwältin. Nun würden die Behörden die Ermittlungen fortsetzen. Auch in Italien läuft ein Strafverfahren. Für die beschuldigten Personen gelte bis zur gerichtlichen Beurteilung die Unschuldsvermutung, hält Swissmedic fest.

Der Klinikleiter äusserte sich zuversichtlich. Bei neuen Gesetzen, worunter auch die Verwendung von menschlichen Zellen falle, sei es nicht immer einfach, diese korrekt zu interpretieren. Er hoffe, dass das spezielle Therapieverfahren wieder möglich sein werde.

Die Risiken

Bereits im Frühling wurde Swissmedic gegen diverse Kliniken aktiv. Damals ging es allerdings um Frischzellentherapien, die ohne Bewilligung angeboten wurden. Bei dieser Therapie werden den Patienten Zellen oder Zellbestandteile von Tieren gespritzt, meist mit dem Ziel der Verjüngung. Bei der Frischzellentherapie sei in der Schweiz bisher niemand zu Schaden gekommen, so Balzli von Swissmedic.

Beim neuen Fall mit menschlichen Zellextrakten stuft Swissmedic die Therapie jedoch als riskoreich ein, weil Viren übertragen werden können, falls die Zellextrakte Dritten verabreicht werden. Anbieter schreiben in ihren Informationen, dass bei ihren Verfahren nur körpereigene Zellextrakte verwendet werden. *bw*